

Globale Gesundheitspolitik im Umbruch

Weltweite Impfkampagnen, der Kampf gegen HIV/Aids, Malaria und Influenza-Pandemien und das Anti-Tabak-Übereinkommen: Jahrzehntlang nahm die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in der internationalen Gesundheitspolitik unangefochten die Führungsrolle ein. Doch seit den neunziger Jahren sind neue, finanzstarke Spieler hinzugekommen. Einige der Kernaufgaben der WHO haben öffentlich-private Partnerschaften wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung übernommen. Das unglückliche Management der Schweinegrippe-Pandemie in den Jahren 2009/2010 und eine massive Finanzkrise im Jahr 2011 ließen die Stimmen nach einer Reform der Organisation immer lauter werden.

Wo steht die WHO heute? **Yves Beigbeder** zeichnet die Geschichte nach und erläutert die aktuellen und künftigen Herausforderungen. Die größte ist, mit der Abhängigkeit von freiwilligen Leistungen von Staaten, öffentlich-privaten Stiftungen und Unternehmen so umzugehen, dass die Glaubwürdigkeit und Kompetenz der Organisation keinen Schaden nehmen und die Kernaufgaben erfüllt werden können.

Cornelia Ulbert sieht dies ähnlich, macht aber die WHO selbst für einige der Probleme mitverantwortlich. Die Finanzkrise im Jahr 2011 sei auch eine Vertrauenskrise gewesen. Die Mitgliedstaaten bemängeln die Führungsstruktur, die allzu bürokratischen Management-Prozesse und die Qualität der Arbeit. Soll eine Reform erfolgreich sein, müssen die Mitgliedstaaten sich auf eine Agenda einigen und ausreichend Mittel zur Verfügung stellen. **Marc Engelhardt** ist der Ansicht, dass zwei der wesentlichen Kernaufgaben bereits heute vernachlässigt werden: Qualitätssicherung bei lebenswichtigen Arzneimitteln und der Zugang zur medizinischen Grundversorgung.

Für den Sonderberichterstatler über das Recht auf Gesundheit **Anand Grover** liegen die größten Herausforderungen in der Praxis. Dazu gehören die Kriminalisierung von Sexarbeit, Homosexualität und Abtreibung, das Problem des mangelnden Zugangs zu Gesundheitsdiensten und die Zunahme der Prävalenz nichtübertragbarer Krankheiten. Um das Recht auf Gesundheit für Staaten, privaten Stiftungen und die Pharmaindustrie fassbar zu machen, sollte ein Rahmenübereinkommen geschaffen werden.



Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Anja Papenfuß, Chefredakteurin
papenfuss@dgvn.de